

trag. — Abg. Dr. am Jahnhoff (Z.) bittet um Ablehnung des Antrages. Die Schenkungssteuer muß streng durchgeführt werden, sonst fällt jede Garantie dafür weg, daß der Anteil seinen Reffen einfach schenkt, er ihm erben läßt, und deshalb muß jede Schenkung wie jede Erbschaft behandelt werden. Was von der Erbschaftsteuer befreit ist, ist auch von der Schenkungssteuer befreit. Das genügt auch! — Abg. Vockelmann (Kpt.): Denken Sie an den 80. Geburtstag des Fürsten Bismarck. Hätte dies Gesetz schon bestanden, so hätte er Schenkungssteuer entrichten müssen. (Heiterkeit.) — Abg. Dr. am Jahnhoff (Z.): Nach der Auffassung der Kommission hätte Fürst Bismarck keine Steuer bezahlt. — Der Antrag wurde abgelehnt.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 1 Uhr. Fortsetzung. — Schluß 6 Uhr.

Politische Rundschau.

Dresden, den 11. Mai 1906.

Der Kaiser besuchte gestern in Begleitung des Statthalters Fürsten Hohenhausen-Langenburg die Hohkönigsburg und überzeugte sich von dem Fortschreiten des Baues.

Der langjährige württembergische Gesandte von Eöden ist am 10. d. M. in München gestorben.

Die Budgetkommission des Reichstages begann am 10. d. M. die zweite Lesung des Militärpensionsgesetzes. Zu Artikel 4 wurde folgende Resolution Erzberger angenommen: „Der Reichstag spricht bei Annahme der §§ 1 und 4 des Offizierspensionsgesetzes die Voraussetzung aus, daß in § 4 vorgesehene Dienstunfähigkeitserklärung über einen Offizier nicht aus dem Grunde erfolgt, weil er den gesetzlichen Bestimmungen gemäß eine Herausforderung zum Zweikampf abgelehnt hat.“ Ein Antrag Erzberger geht dahin, die Verbilligungszulage auf 900 Mark für Offiziere (statt 1080 Mark in erster Lesung) festzusetzen, dagegen die Kriegszulage (statt auf 1020 Mark auf 1200 Mark zu erhöhen und sie für die Mannschaften auf 180 Mark (statt 180 und 120 Mark), für die Unterbeamten auf 300 Mark (statt 180 Mark) zu erhöhen. Graf Oriola beantragt allgemeine Erhöhung der Kriegs- und Verbilligungszulage. Geheimrat Zahn tritt den Anträgen des Abgeordneten Graf Oriola entgegen; die Regierungsvorlage enthalte genügende Verbesserungen. Die Anträge Erzberger werden einstimmig angenommen; ebenso ein Antrag Wagners, wonach die pensionierten Feuerwerksoffiziere den übrigen pensionierten Offizieren bei einer Anstellung im Zivildienst gleichgestellt werden. Das Offizierspensionsgesetz ist damit erledigt; das Gesetz wurde einstimmig angenommen. Die Resolution Erzberger (Zentr.) auf Verbesserung der Pensionsbezüge der Reichsbeamten und der Neueregung der Verjüngung der Hinterbliebenen wurde einstimmig angenommen. Unterstaatssekretär Zwickel begrüßt die Resolution, die nach Lage der Reichsfinanzen durchgeführt werden muß.

Die Lantiensteuer im Reichstage. Der Reichstag hat am Mittwoch mit der gewaltigen Mehrheit von 250 gegen 18 Stimmen die Lantiensteuer angenommen. Man wird sich erkundigen: Wer hat denn gegen diese Steuer gestimmt? Rechnet man die vier Polen, die gegen jede Steuer stimmen und den konservativen Geistes von Arnim ab, so sind es nur Angehörige der freisinnigen Volkspartei, und Dr. Wiemer. Die deutsche Volkspartei stimmte mit Ja, Dore, Kämpf, Kopsch, Dr. Borchard, Meier, Kopsch, Werten, Dr. Müller-Reinigen, Dr. Müller-Seigan, Dr. Wagners und Dr. Winter. Die deutsche Volkspartei stimmte mit Ja, soweit sie amwesend war, nämlich die Abgeordneten Wagner und Schweidhardt; es fehlten aber die Abgeordneten Storz, von Bayer, Kaufmann und Blumenthal. Der angenommene Antrag der Kommission bestimmt: Die von Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung zur Ueberwachung der Geschäftsführung bestellten Personen (Mitglieder des Aufsichtsrates) gewährten jährlichen Lantien mit 8 Prozent zu besteuern. Hierbei ist zu bemerken, daß der ursprüngliche Antrag dahin ging, eine Steuer von 10 Prozent einzuführen. Die Abgabe soll von der Gesellschaft zu Lasten der zum Bezüge der Vergütungen berechtigten Personen entrichtet werden. Befreit von der Steuer sind Aufstellungen, nach denen die Summe der sämtlichen an die Mitglieder des Aufsichtsrates gemachten Vergütungen nicht mehr als 5000 Mark ausmacht. Uebersteigt die Gesamtsumme der Vergütungen 5000 Mark, so wird die Abgabe nur insoweit erhoben, als sie aus der Hälfte des 5000 Mark übersteigenden Betrages gedeckt werden kann. Der bedeutendste Abschnitt in der Diskussion des Antrages war die Erklärung, die der Reichstagssekretär Freiherr von Stengel abgab. Stengel führte aus, daß die nicht unerheblichen Bedenken, die die Regierung dem ersten Vorschlag der Lantiensteuer gegenüber hatte, in Anbetracht der jetzigen Form des Antrages mehr zurücktreten. Am auffallendsten war die Schärfe, mit welcher sich der Abgeordnete Kämpf gegen die Steuer aussprach, da der ganze Reichstag weiß, daß er sehr viele Lantienem bezieht. Ganz anders bewahm sich der nationalliberale Abgeordnete Wülfing, der auch ein hoher Lantienembezieher ist, sich aber rundweg für die Steuer erklärte und damit lebhaften Beifall erzielte.

In Bezug auf die Diätenfrage verläutet jetzt, an maßgebender Stelle sei man nicht mehr abgeneigt, dem Beschluß der Kommission zuzustimmen, wonach den Mitgliedern des Reichstages, wie dies bis zur Mitte der 80er Jahre der Fall war, freie Fahrt auf allen deutschen Staatsbahnen und für die Dauer der ganzen Legislaturperiode gewährt werden soll. Es sollen gegenwärtig hierüber Verhandlungen mit den Bundesregierungen stattfinden. Ein Scheitern der Diätenvorlage an der von der Kommission beschlossenen Ablehnung einer Aenderung des Artikels 28 der Reichsverfassung gilt aus Grund von Informationen aus Regierungskreisen für ausgeschlossen.

Die bayerische Abgeordnetenkammer sahte am 10. dieses Monats nach bewegten Klagen aller Parteien über die erschreckende Zunahme der Güterzertrümmerung in Bayern einstimmig den Beschluß, die Regierung zur Vorlage eines Gesetzesentwurfes zur Abwehr dieses Schadens aufzufordern. Der Minister Graf Feilich erklärte, daß die Regierung geneigt sei, den Versuch zu machen. Bei den außerordentlichen Schwierigkeiten werde aber kaum viel herauskommen.

Ueber den Inhalt des deutsch-schwedischen Handelsvertrages verläutet folgendes: Von deutscher Seite werden Schweden tarifmäßige Zugeständnisse eingeräumt. Schweden

den gewährt außer der Meistbegünstigung eine größere Anzahl wertvoller Zollherabsetzungen, wie für seidene und halbseidene Gewebe und Bänder, für gewisse Papierarten, für Spielzeug, für Tinten, für Nähmaschinen, für Lederhandschuhe, lebende Gewächse usw., und bietet für alle wichtigeren Artikel der deutschen Ausfuhr einen Tarif an. Es hat endlich das für unsere Eisenindustrie besonders wichtige Zugeständnis gemacht, daß während der Dauer des Vertrages, die auf fünf Jahre bemessen ist, keine Ausfuhrzölle auf Eigenerze gelegt werden.

Die Abhaltung eines Katholikentages in Berlin wird derzeit viel erörtert; nachdem der Windthorstbund hier seine Generalversammlung abgehalten hat, nachdem im Herbst die erste Missionsfeier stattgefunden hat und zu Pfingsten die Generalversammlung der katholischen Lehrer sich vollzieht, fragt man sich in weiten Kreisen: weshalb soll nicht auch einmal ein Katholikentag hier in Berlin abgehalten werden? Teilnehmer gibt es genug, namentlich aus Berlin selbst. Interessant ist nun die Stellungnahme der liberalen Presse; so schreibt ein liberales Blatt: „Die Einbrüche des modernen Großstadtlebens weiten bekanntlich Lenten mit offenen Augen den Gesichtskreis und lassen freiere, vernünftigeren Anschauungen ausdämmern, die der ultramontanen Politik allerdings in gewissen, von der Kultur noch wenig belebten hinterwälderischen Gegenden unseres deutschen Vaterlandes nicht immer förderlich sein würden. Gerade aber aus diesem Grunde begrüßen wir den Vorschlag der Zentrumskorrespondenz und möchten sogar wünschen, daß Berlin ganz allgemein ultramontane Kongressstadt würde. Man besorgt, die Berufung des „Katholikentages“ nach Berlin hätte bisher als „Herausforderung“ mißdeutet werden können, und der Evangelische Bund „würde natürlich auch jetzt noch Körn zu schlagen versuchen, wie er das bei jeder Äußerung des katholischen Lebens gewerbsmäßig tut.“ Weit gefehlt! Wir wissen zwar nicht, mit welchen Gefühlen der Evangelische Bund den Katholikentag in Berlin begrüßen würde, aber da wir sonst in unseren Anschauungen jedenfalls dem Evangelischen Bunde verhältnismäßig näher stehen, als den ultramontanen Konventikeln, so sind wir überzeugt, daß der Plan einer ultramontanen Speisekammer in Berlin ihn gerade so kühl lassen wird, wie uns.“ Da die Frage einmal aufgestellt ist, wird sie nicht wieder so bald verschwinden.

Ein interessantes sozialdemokratisches Gesandnis finden wir in der von Dr. Heinrich Braun herausgegebenen „Neuen Gesellschaft“. Er sagt, die Wahl in Darmstadt enthalte bittere Lehren: „Trotz unserer lebhaften Agitation und ungeachtet der bedeutenden Vermehrung der Wahlberechtigten blieb am 25. April die Zahl unserer Stimmen hinter der am 3. Juni 1903 für uns abgegebenen zurück. Kein Zweifel, daß auch hier aus den gleichen Ursachen dieselbe Erscheinung sich wiederholt, die für fast alle Reichswahlen seit dem Juni 1903 oder richtiger seit dem Dresdener Parteitag typisch ist. Die Sozialdemokratie entwickelt sich seither immer ausschließlich zu einer Partei der industriellen Arbeiter, und die Anhängererschaft aus anderen Schichten der Bevölkerung verläuft sich... Was wir während der letzten Jahre in etwa zwei Tausend Wahlkreisen erlebt haben, erfahren wir abermals in Darmstadt.“ Der „Vorwärts“ freilich blimelt seinen gläubigen Lesern ein Anschauen der sozialdemokratischen Stimmen in Darmstadt vor.

Oesterreich-Ungarn.

Die Wiener Gemeinderatswahlen sind leider entgegen unseren gestrigen Ausführungen nicht so günstig für die Christlich-Sozialen ausgefallen. Die Sozialdemokraten eroberten 4 Sitze. Allerdings haben die sozialdemokratischen Kandidaten in den ihnen neu zugefallenen vier Bezirken die denkbar geringsten Mehrheiten erzielt, so daß es gesehen konnte, daß vor Beendigung des Struktinismus noch leicht Fehler in der Schätzung sich einstellen. Daß sich die Lage in einigen Bezirken schließlich zu Gunsten der Sozialdemokraten etwas geändert hatte, wurde in den stärker umstrittenen Bezirken erst um 8 Uhr abends bekannt. Der Wahlsieg hat vor allem eine Tatsache unwiderleglich festgestellt, nämlich die, daß in Wien nur mehr zwei Parteien in Betracht kommen: Die Christlich-Sozialen und die Sozialdemokraten. Von den übrigen Parteien war in Wien, im Zentrum und in der Hauptstadt des Reiches, nichts zu sehen und zu hören. Wo das ganze Volk zur Urne gehen kann, da gibt es weder eine liberale, noch eine verfassungstreue, weder eine alldeutsche noch eine deutschbolische Partei. Nur zwei große Heerlager stehen einander gegenüber: Christliche und Antichristliche. Die Judenliberalen forderten öffentlich zur Unterstützung der sozialdemokratischen Kandidaten auf, ein Beweis, wie wenig ernst die Ringstrassenmillionäre und Börseuritter die antikapitalistischen Ergüsse der „Arbeiter-Zeitung“ nehmen, die am Tage vor der Wahl im Leitartikel den Genossen die öffentliche Verteilung der Paläste und Häuser versprochen hatte. Die Christlich-soziale Partei hatte gestern einen Zuwachs von 30 000 Stimmen zu verzeichnen, die Sozialdemokraten aber einen solchen von 39 000. Und diese verhältnismäßig geringe Differenz von 9000 Stimmen kostete 4 Mandate.

Italien.

In der Deputiertenkammer wurde der sozialistische Antrag, bejagend, die Kammer erkenne die Notwendigkeit gesetzlicher Maßnahmen zur Verhinderung von Streiks unter dem Protektariat an, mit 199 gegen 28 Stimmen abgelehnt, nachdem Sonnino ihn abgelehnt hatte, indem er betritt, daß solche Regelungen vorgekommen seien.

Die römischen Behörden trafen alle Vorsichtsmaßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Stadt. Ihre Teilnahme an dem Streik haben zugelagt die Maurer, die Metallarbeiter, die Buchdrucker, die Straßenbahnbeamten, die Kutsher und andere Gewerbe. Bis 2 Uhr nachmittags war alles ruhig. Die Zeitungen mißbilligen einmütig den Ausstand und mahnen zur Ruhe. — In Mailand nahm der Ausstand einen ruhigen Verlauf. Das Streikomitee hat beschlossen, einer Versammlung der Streikenden die Beendigung des Ausstandes für nachts 12 Uhr vorzuschlagen. — Das Ausstellungskomitee verfügte die provisorische Schließung der Ausstellung und Einstellung der Arbeiter. Die Ausstellung wird militärisch bewacht.

In Bologna ist seit den Ausschreitungen die Aufregung groß. Die Streikenden beschloßen die Fortsetzung des Ausstandes bis zum Montag, falls Mailand sich sozialistisch erklärt. Die Stadt ist ohne Brot. Die Zeitungen haben ihr Erscheinen eingestellt und die Behörden zur Sicherung der großen Militärbäckereien umfassende Maßregeln getroffen.

Die Erregung der Bevölkerung in Bologna gegen die Gewalttaten der Ausständigen nimmt immer mehr zu. Nachmittags wurde eine vom kaufmännischen Verein einberufene Versammlung abgehalten, in der mehrere Redner für die staatlichen Einrichtungen und die Armee eintraten. Nach Schluß der Versammlung begaben sich die Teilnehmer im Zuge unter Borantragung einer Fahne nach dem Viktor-Emanuel-Platz, wo man in Rufe: „Es lebe die Armee!“ ausbrach. Unter lauten Beifallsrufen wurde auf dem Rathaus die Nationalflagge gehißt, worauf die Menge sich zerstreute. Nach Dudrio bei Bologna kamen gestern etwa 700 Ausständige, um die Schließung der Läden zu veranlassen. Als Karabinier sie hieran zu hindern suchten, warfen die Ausständigen mit Steinen und schossen auf die Gendarmen, wodurch einer der letzteren schwer verletzt wurde. Die anderen Gendarmen wurden gleichfalls verletzt.

Rußland.

Das rätselhafteste Ende des russischen Popen Gapon wird nun etwas gelichtet. Die Redaktionen der großen Petersburger Blätter publizieren folgendes Schreiben: „Das Arbeitergericht hat festgestellt: 1. daß Gapon, nachdem er im Dezember 1905 nach Petersburg zurückgekehrt war, mit Bitte in Verbindung trat, daß er eine Reihe von Zusammenkünften mit dem früheren Direktor des Polizeidepartements Lopuchin und dessen Gehilfen Katichkowsky gehabt hat, daß er mit dem Leiter der Geheimpolizei Gerasimoff verhandelt hat. Diese Personen versprochen ihm ihren Beistand bei Wiedereröffnung der Abteilungen seines Verbandes, wenn er ihnen erzählte, was er von der Revolution und den Revolutionären wisse. Gapon erzählte: 2. Um den 28. Januar 1906 schrieb Gapon einen Brief an den Minister des Innern Durnovo, in dem er seine frühere revolutionäre Tätigkeit und die Vorgänge vom 22. Januar 1905 leugnete. Dieser Brief wurde durch Katichkowsky übergeben. 3. Gapon erhielt von Katichkowsky und Gerasimoff den Auftrag, die Verschwörungen gegen den Zaren, gegen Witte und Durnovo auszufundschaffen und zu verraten. Er nahm es auf sich, einen seinen Anhänger zu „berühren“. Er suchte ihn zu überreden, 25 000 Rubel für die Entdeckung einer Verschwörung zu nehmen, für vier Verschwörungen könne man 100 000 Rubel verdienen. Im Namen Katichkowskys garantierte Gapon dem Verräter volle Sicherheit für den Fall, daß sein Verrat entdeckt werden sollte. 4. Georg Gapon wurde am 3. November 1905 amnestiert. Das wußte er, trat aber mit der Regierung in Verbindung, erhielt von ihr Geld und einen falschen Paß auf den Namen Grednikoff. Für kurze Zeit ging er nach dem Auslande. Nachdem er im Dezember 1905 zurückgekehrt ist, wohnte er mit diesem Paße in Petersburg und erlärte den Arbeitern, er sei gewungen, illegal zu wohnen, da die Regierung ihn verfolge. 5. Seinen Einfluß auf den Arbeiter Ischeremuschin mißbrauchend, gab ihm Gapon einen Revolver und verleitete ihn zu schwören, daß er den Arbeiter Petrosch töten werde, der eine Reihe von Raketen veröffentlichte, die über das Verhältnis Gapons zur Regierung nicht verbreiteten. Ischeremuschin aber erschloß sich mit diesem Revolver selber und zwar in einer Sitzung, in der Gapon den Vorsitz führte. 6. Außer den 10 000 Rubel, die Gapon für die in England veröffentlichte Schilderung der Vorgänge des 22. Januar erhielt, bekam Gapon im Sommer 1905 von einer Privatperson 50 000 Frank für die Arbeiterliste. Dieses Geld ward den Arbeitern nicht übergeben. Der überführte Gapon gestand das alles selbst, erklärte aber, er hätte das zur Verwirklichung einer „Idee“ gemacht, die er dabei gehabt hat. Georg Gapon ist ein Verräter, Agent provocateur und hat Arbeitergeld unterschlagen, er hat das Andenken und die Ehre der am 22. Januar 1902 gefallenen Genossen geschändet. Georg Gapon ist zum Tode verurteilt. Dieser Spruch ist ausgeführt worden. Mitglieder des Gerichts.“ Nach allem, was man in Berlin hört, ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß diese Schilderung der Wahrheit entspricht.

Aus Stadt und Land.

Dresden, den 11. Mai 1906.

Tageskalender für den 12. Mai. 1906. Kampf bei Hudaob mit dem Hereshauptling Andros. — 1604. Fürstin Agnes zu Solms-Hohensolms-Blch. — 1893. Regierungsantritt des Fürsten Friedrich Adolf Hermann zu Waldeck. — 1884. t. pr. Smetana zu Prag, böhm. Komponist. — 1822. * Herzog Paul Friedrich von Mecklenburg-Schwerin. — 1845. t. M. B. v. Schlegel an Bonn, Dichter und Sprachforscher. — 1878. Erhebung von Charles den Engländer. — 1670. * August 11. von Sachsen, der Starke, zu Dresden. — 1641. Hinrichtung des englischen Staatsmannes Grafen Strafford.

* Weiterprognose des Königl. Sächs. meteorologischen Instituts zu Dresden für den 12. Mai: Witterung: heiter und trocken. Gewitterregen nicht ausgeschlossen. Temperatur: übernormal. Windrichtung: Südost. Zustand: mittel. — Se. Majestät der König nahm heute vormittag im Residenzschloß militärische Meldungen entgegen und empfing die Departementschefs und den Königl. Kabinettssekretär zum Vortrag.

Zur heutigen Königl. Mittagstafel in Villa Wachwitz ist der Königl. außerordentliche Gesandte und bevollmächtigter Minister Botschafter Geheimrat Freiherr von Reitzenstein nebst Gemahlin mit Einladung ausgezichnet worden.

Nächsten Montag, den 14. d. M. vormittags, wird Se. Durchlaucht der Fürst zu Lippe zum Besuch Sr. Majestät des Königs in Dresden eintreffen und im Residenzschloße Quartier nehmen.

Se. Majestät der König hat der im Dienst der Rächstenliebe seit nahezu 20 Jahren segensreich wirkenden Frau Hofrat Therese Sponeder bei Gelegenheit ihrer vor einigen Tagen gefeierten silbernen Hochzeit die silberne Carola-Medaillen verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Direktor der städtischen Handelsschule in Rauen Professor Sellbach das Ritterkreuz 1. Klasse vom Adrehtsorden und dem Handels-

Kulloberlehrer Schreyer sowie dem Straßenwärterburg das Allgemeine Ehren-

Dritte Deutsche Stellung Dresden 1. Sonnabend mittag in Ann und der übrigen Mitglieder. Im Anschluß an die feierlichen ladenen Teilnehmer in Stellung nach Beendigung Königs eine Aufführung Sittard wird zwei Sätze Vockelmann vortragen und Königliche musikalische musiker G. Biech, W. Schnerk spielen ein Ad. zweiten Satz aus dem Paß. — Am Eröffnungstage nach Kapelle des 177. Infanter 2. Grenadierregiments 9. Pionierbataillons Nr. 12, direktor Köpenack mit folgenden nachmittags 4 Uhr werden an Sonntagen in gleichfalls Konzerte stattfinden hervorgehoben, daß eine Dauerkarten nicht eintritt Direktorium hat alle hierlich bekräftigen.

In der öffentlichen ordneten am 10. d. M. Dresdener Straßenbändler rührten Straßen den St. beruhigen gelassen. — Der Dresden „Urne“ richtete dem er unter Hinweis auf liche Regelung der Feuer eines Krematoriums nebst des Betriebes durch die Stadtrat Dr. May mit, daß die beschloßen habe, in Dresden errichten. — Die Petition Schiffabrigadegesellschaft gegen tenstempels findet von der Kommensteuer und g e l e g e werden diejen Ergebnisse der diesjährigen gegeben worden sind, dar sich wegen Mitteilung der nisse bei ihrer Gemeindef

(.) Eine Eigentüm ebenfalls, daß es hier gibt und zwar eine fälsch Königl. Sicherheitspolizei führt die Aufsicht bankwesen, die Abdeckung, kocht der Stadt eine Gew Mark, der eine Einnahme in Höhe von durchschnitt Die Königl. Polizei fü aus und erhält hierfür je trächtlichen Zuschuß, der Mark festgelegt worden ist im Vorjahr. Bei dem heitspolizei in die Ver riums des Innern wurde die Stadtgemeinde vom Bevölkerung jährlich 1 M Dieser Betrag erhöhte sich auf 1 Mark 50 Pfennig f. Nach einer Schätzung de Dresden betrug diese Be rund 496 350 Einwohner. steht bekanntlich unter de sidenten Klettig, während Herrn Stadtrat Dr. May Major Boel von Wülfin

* Infolge Meldun vor dem hiesigen Schrup gegen den Drogisten Aroes morde und Unterlagu Rittinhaber eines Drogen Mithinhaber eines Drogen einer Drogenmühle. Er rich in Dresden ange stellt gen. Als eine Revision f renden Herrn Weiße Sub konnte jedoch durch schau liche Hilfe gerettet werden

* Gestern fand in den letzten Platz gefällte Metallarbeiter statt. J hiesige Beamte des Metall Bild über die gepflogenen Formen und Siekerlarbe schließliche an den gestell baren Bedingungen der U Beschluß der Former und zu einem annehmbareren maltung fortzusetzen, w Beschloßen, den Kampf s Am einer Schwächung i Kampf auf eigene Hand Extrabeiträge erhoben w aussperrung zur Lastschafte, daß dann die allge zu dem übrigen machen w Resolutions wurde in a. Die heute tagende off arbeiter nimmt mit Ent halten der Siekerarbeiten Die von den Unternehm arbeiter gestellten Beding für entwürdigend und dies darum der Fall, we